

## Auf dem Wege der Entwicklung zu sozialistischen Gerichten

I

Während wir auch in den vergangenen Jahren unsere Arbeitskraft bei Ernteeinsätzen zur Verfügung gestellt haben, schlossen wir in diesem Jahr mit einer neu gegründeten LPG, deren Vorsitzender ein Schöffe ist, einen Patenschaftsvertrag ab. Ziel dieses Patenschaftsvertrages ist die allseitige Unterstützung der LPG durch die Justizorgane des Kreises. Unsere Buchhalterin hat einen Lehrgang für LPG-Buchhalter besucht und führt seit Bestehen des Patenschaftsvertrages für die LPG die Buchhaltung. Wir haben die Mitgliederversammlungen der LPG und die Gemeindeversammlungen besucht und die ideologische Arbeit der LPG unterstützt. Da der LPG-Vorsitzende ein bewährter Schöffe ist, fanden wir leicht Kontakt zueinander. Der BPO und der BGL gelang es, alle Mitarbeiter der Justizdienststellen für eine tatkräftige Mitarbeit in der LPG während der Ernte zu gewinnen. Auch Rechtsanwalt Dr. Zug und seine Büroangestellte haben in der Kartoffelernte mitgearbeitet. 660 von uns geleistete Arbeitsstunden waren für die LPG eine gute Unterstützung. Diese gemeinsame Arbeit hat zwischen uns und den Arbeitern und Bauern ein enges Vertrauensverhältnis geschaffen; sie hat zur sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft beigetragen und uns bei der Entwicklung eines sozialistischen Gerichts vorgebracht.

Im August dieses Jahres erhielten leitende Funktionäre unseres Kreises von der Sozialistischen Einheitspartei den Auftrag, die sozialistische Umgestaltung auf dem Lande zu unterstützen. Ich wurde als Brigadeleiter in unserer Patengemeinde eingesetzt. Wir begannen damit, die gesellschaftliche und ökonomische Lage in der Gemeinde zu analysieren. Dabei stellten wir fest, daß es in dem Dorf mit etwa 120 Einwohnern kein gesellschaftliches Leben gab. Der einzige Saal in der Gemeinde wurde als Konsumlager benutzt, so daß alle gesellschaftlichen Zusammenkünfte in einem kleinen Schankraum durchgeführt werden mußten. Seit Jahren gibt es im Dorf keine Filmvorführungen, und es fehlt auch an anderen Veranstaltungen.

Unsere Brigade legte daher für ihre weitere Arbeit folgende Schwerpunkte fest:

- a) Festigung und Erweiterung der bestehenden LPG;
- b) Neubildung gesellschaftlicher Organisationen und deren Anleitung;
- c) Schaffung von Voraussetzungen für kulturelle Arbeit im Dorf.

Ich habe während und nach dem Brigadeinsatz mehr als 14 Tage auf den Feldern und auf dem Hof der LPG gearbeitet. Dadurch konnte ich den Tagesablauf unserer Bauern miterleben. Es war für mich als früheren Industriearbeiter lehrreich, das Leben der Bauern kennenzulernen. Je drei Tage hintereinander habe ich im Dorf gearbeitet und übernachtet. Die übrige Zeit war ich beim Gericht tätig. Das Kollektiv des Kreisgerichts hat durch vorbildlichen Arbeitseinsatz dafür gesorgt, daß der Dienstbetrieb ordnungsgemäß weitergeführt wurde. An den Abenden auf dem Hof habe ich mit Einzelbauern gesprochen oder Versammlungen organisiert. Aber auch während der täglichen Arbeit hatte ich oft Gelegenheit, mit den Dorfbewohnern über Tagesfragen zu sprechen.

Wir haben Möglichkeiten für eine organisierte Freizeitgestaltung der Jugend geschaffen, einen Schießzirkel eingerichtet und die Jugendlichen im Schachspiel unterrichtet. Wir haben an Gemeinderats- oder Gemeindevertreteritzungen sowie an Mitgliederversammlungen der LPG teilgenommen und Vorbereitungen für die Verbesserung der Arbeit der VdGB und die Bildung einer DFD-Gruppe und einer Kandidatengruppe der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands getroffen.

Vor zwei Wochen fand die Gründungsversammlung der DFD-Gruppe im Dorf statt. Die Richterin Frank hat

die weitere Anleitung dieser Gruppe übernommen. Die DFD-Gruppe hat der Kandidatin für den Bezirkstag, die sich kürzlich vorstellte, den Wählerauftrag erteilt, Voraussetzungen zu schaffen, daß der vom Konsum als Lager genutzte Saal wieder für kulturelle Zwecke freigegeben wird.

Die neu gebildete Kandidatengruppe der SED wird vom Richter Bludau unterstützt.

Nach Verhandlung mit dem MTS-Stützpunktleiter erreichten wir, daß die MTS vorrangig die Felder der LPG bearbeiten wird.

Leider wurde unsere Arbeit im Dorf durch einen Vorfall getrübt: Der Bauer H. trug in einer Versammlung vor, ihm habe der MTS-Stützpunktleiter erklärt, daß er nicht mehr bei Einzelbauern pflügen dürfe. Dies sei dem Stützpunktleiter angeblich durch den LPG-Vorsitzenden und mich als Brigadeleiter unterzogen worden. Davon war nicht ein Wort wahr. Wir stellten fest, daß der sich beschwerende Bauer H. dieses Gerücht selbst in die Welt gesetzt hatte. So wurde das Vertrauen der Einzelbauern zur LPG bzw. zur Brigade getrübt. Wir beriefen deshalb eine Versammlung ein mit der Tagesordnung: „Hat sich Bauer H. wegen Verleumdung strafbar gemacht?“ Auf dieser sehr gut besuchten Versammlung erläuterten wir den Bauern die wirklichen Zusammenhänge. H. wurde als Verleumder entlarvt. Wir wiesen auf die Gesellschaftsgefährlichkeit solcher Handlungen hin und sprachen über die möglichen Folgen solcher Gerüchtemacherei. Diese Aussprache hatte den Erfolg, daß auch H. die Schädlichkeit seines Verhaltens einsah. Es bestand kein Anlaß mehr, ihn durch Strafmaßnahmen zu erziehen. Wir erläuterten gleichzeitig, daß die Patenschaft des Gerichts nicht zur Unterdrückung berechtigter Kritik führen soll. Durch diese Versammlung wurde das Vertrauensverhältnis wiederhergestellt.

Wir sind eines der Gerichte, die den Weg zur Entwicklung eines sozialistischen Gerichts eingeschlagen haben. Jedes Gericht wird einen seiner Struktur und Besetzung entsprechenden Weg Anden müssen, dies Ziel zu erreichen. Es gibt keine Skala, auf der man ablesen kann, ob die Voraussetzungen für ein sozialistisches Gericht erfüllt sind. Bei allen Unterschiedlichkeiten gilt es jedoch für alle, solchen Elan in der Arbeit zu entwickeln, wie er in Industrie und Landwirtschaft zur Vollendung des Sozialismus ständig unter Beweis gestellt wird. Die körperliche Arbeit in der Industrie und Landwirtschaft und die dadurch geschaffene allseitige Verbindung des Gerichts mit den Werktätigen sind Voraussetzungen hierfür.

Neben der Unterstützung unseres Patendorfes haben wir die anderweitige gesellschaftliche Arbeit nicht vernachlässigt. So haben wir unter der Losung: „Jeder Kollege eine Aufbaumadel“ am Nationalen Aufbauwerk teilgenommen. An einem Wochenende werden alle Mitarbeiter der Justizdienststellen in einem VEB produktive Arbeit leisten.

Die Einbeziehung aller Mitarbeiter haben wir dadurch erreicht, daß die Dienststellenleiter gemeinsam mit der BPO und BGL die Aufgaben beraten und durchführen. In jedem Falle, ob es sich um Erntearbeit, Nationales Aufbauwerk, Kampfgruppenausbildung oder andere Aufgaben handelt, geben die leitenden Funktionäre den übrigen Kollegen ein Vorbild.

Alle Bemühungen können jedoch nicht zu unserem Ziel — ein sozialistisches Gericht zu sein — führen, wenn die Rechtsprechung zugunsten der massenpolitischen Arbeit vernachlässigt wird. Unsere Hauptaufgabe bleibt nach wie vor die Arbeit des Gerichts: die sorgfältige, gründliche Vorbereitung und Durchführung der Verfahren und die Auswertung von Gerichtsverfahren und Justizveranstaltungen. Wir führen einen ständigen Kampf, die Arbeitsreste niedrig zu halten. Dies geschieht durch regelmäßige Überprüfung der auf Frist liegenden Akten und durch Dienstbesprechungen, in denen wir Methoden zur Verbesserung unserer Arbeit beraten.